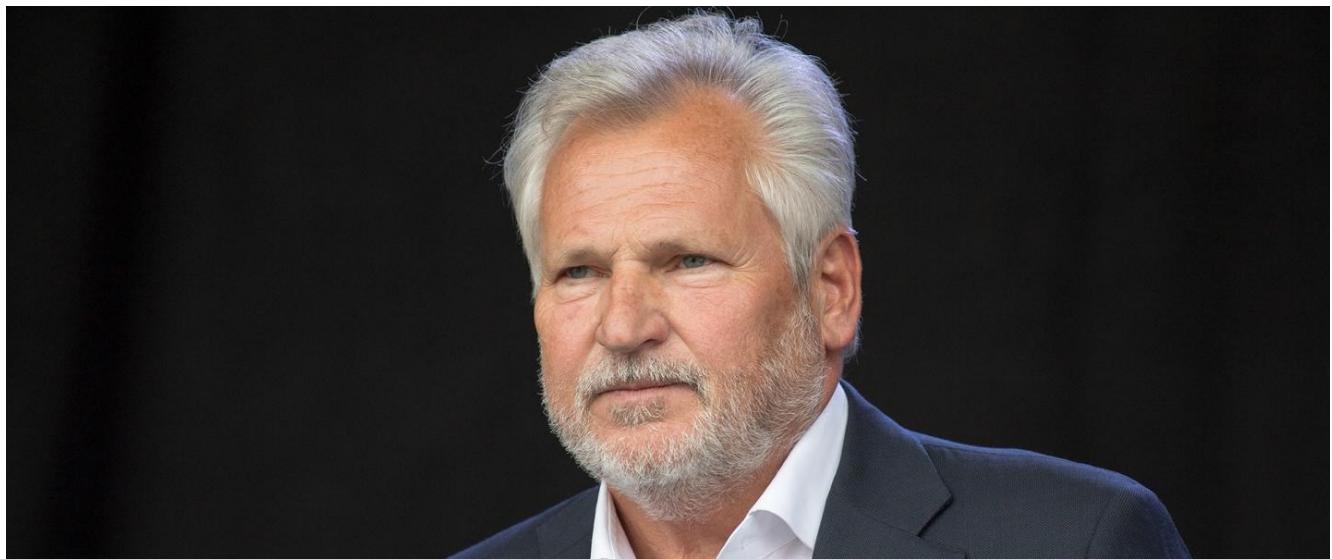


PR^{es}se

SP*ie*Egel

Polen-Pressespiegel 04/2021 vom 28.01.2021

Aleksander Kwaśniewski: Die heutige Politik gefällt mir nicht



Quelle: polsatnews.pl

Interview mit dem ehemaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski

Piotr Witwicki: Herr Präsident, leben Sie in Isolation?

Aleksander Kwasniewski: Wir sind in der Schweiz, wo wir ein durch Restriktionen eingeschränktes Leben führen.

Aktiv?

Für diese Zeiten leben wir ganz normal. Zwar sind die Restaurants geschlossen, aber die Skipisten sind geöffnet. Wir können wandern und Ski fahren.

Wann haben Sie zuletzt Ihre Tochter gesehen?

Weihnachten haben wir uns nicht gesehen. Was kann man tun? Wir halten uns an diese Hygienedisziplinierungen und vermeiden Kontakte.

Sie sind ein geselliger Mensch, der überall auf der Welt Kontakte hat. Hat die Pandemie das stark beschädigt?

Vielleicht zwei bis drei Mal konnten wir persönliche Treffen in kleinen Gruppen abhalten. Der Rest findet im Internet statt. Die Vortrags- und Konferenzaktivitäten sind zurückgegangen. Das ganze letzte Jahr wurde auf den Kopf gestellt.

Lech Wałęsa sagte in einem Interview für polsatnews.pl, dass dies der Grund sei, warum er bankrott sei und sich keine Weihnachtsgeschenke leisten konnte.

Ich nehme an, dass sein Haupteinkommen aus der Vortragstätigkeit kam, und die wurde komplett eingestellt. Mein Fall ist etwas anders, denn ich habe verschiedene Beratungsfunktionen, die ich ausüben kann. Das ändert nichts an der Tatsache, dass das letzte Jahr miserabel war.

Sind Sie in der Lage, etwas Gutes aus dem letzten Jahr zu benennen?

Was die Welt betrifft, so sehe ich zwei Ereignisse. Wenn man bedenkt, dass das Jahr zwölf Monate hat, sind das nicht allzu viele.

Und das wären?

Man war in der Lage, einen Impfstoff schneller zu entwickeln, als irgendjemand es hätte erwarten können. Das zeigt die Stärke der Wissenschaftszentren und es zeigt, wie viel Geld hier hineingeflossen ist. Das zweite positive Ereignis ist die Wahl von Joe Biden in den Vereinigten Staaten. Die nächsten vier Jahre mit Trump hätten gefährlich werden können.

Und was können wir von 2021 Gutes erwarten?

Nicht sehr viel. Es ist gut, dass Impfstoffe eingesetzt werden, aber es wird wirtschaftlich ein furchtbar schwieriges Jahr werden. Die Rezession wird weltweit sein. In diesem Zusammenhang ist Bidens Sieg eine noch bessere Nachricht. Dies ist ein Mann, der zu normalen Beziehungen mit der Europäischen Union zurückkehren will. Für uns ist das eine gute Nachricht, denn was in den letzten vier Jahren passiert ist, drohte eine Katastrophe zu werden.

Nur, dass wir eine großartige Beziehung zu Donald Trump hatten, und er Nord Stream 2 blockiert hat und Sanktionen gegen Russland verhängt hat.

Amerika ist ein strategischer Partner für uns und da war die Politik eine natürliche. Nur dass sie sehr naiv war, weil sie auf Beziehungen zu einem einzelnen Mann basierte. Außerdem war die polnische Haltung recht kriecherisch. Allein das „Fort Trump“ war nur ein Versuch, Trump zu gefallen.

Auch den SLD-Regierungen wurde in den Beziehungen zu den USA Servilität vorgeworfen. Wahrscheinlich war es danach auch nicht besser, aber ich will nicht daran erinnern, wie Radosław Sikorski sie auf der berühmten Tonaufnahme beschrieben hat, ich will nur hinzufügen, dass in Barack Obamas biografischem Buch das Wort „Polen“ nicht ein einziges Mal vorkommt.

Wir brauchen Amerika. 1918 brauchten wir sie, damit wir unsere Unabhängigkeit wiedererlangen konnten, zu Reagans Zeiten führten sie zum Zusammenbruch der UdSSR und zu Clintons Zeiten unterstützten sie unseren Beitritt zur NATO. Die Behauptung, dass Polen ein strategischer Partner für die USA sein wird, ist ein Hirngespinst. Es wird immer viel mehr Engagement auf unserer Seite geben, weil wir die Partnerschaft aufrechterhalten wollen, und kalten Pragmatismus mit einem gewissen Maß an Sentimentalität auf amerikanischer Seite. Es gibt nichts, worüber man sich ärgern müsste. So war es bisher und so wird es auch in Zukunft sein.

Die Frage ist, wie gestalten wir jetzt unsere Beziehung zu Joe Biden?

Ich bezweifle, dass er sich an diesen kleinen Affront in Verbindung mit den Gratulationen erinnern wird. Er wird versuchen, die Beziehungen zu Polen auf eine freundliche Art und Weise zu führen, und sein Team wird viel kompetenter und verantwortungsvoller sein. Trump hatte zu viele Sonderlinge unter seinen Leuten.

Was, Herr Präsident, halten Sie von der Sperrung von Trumps Social-Media-Konten?

Twitter hat Trump nicht die Stimme weggenommen, weil es ihn nicht mag, sondern weil er zu einer Revolte gegen amerikanische Institutionen aufgerufen hat.

Merkel und Navalny protestieren gegen diese Blockade. Jeder, der Twitter nutzt, muss dort Hunderte von gewaltverherrlichen Posts gesehen haben, auf die niemand reagiert.

Darin liegt eine gewisse Heuchelei, aber auch ein Problem. Ein Aufruf zu verbotenen Handlungen sollte eine Reaktion hervorrufen. Man kann immer sagen, dass jemand dumm oder betrunknen war, aber wir sprechen nicht über „irgendjemanden“, sondern über den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Wir müssen jedoch wissen, was am 6. Januar passiert ist. Ich bin etwas älter als Sie und in meiner Lebenszeit sind in den USA drei Dinge passiert, die nicht zu fassen sind: die Ermordung Kennedys, der Angriff auf das World Trade Center und die Einnahme des Kapitols auf Betreiben des Präsidenten der USA. Dies wird ein großes Prestigeproblem für die USA sein.

Lassen Sie uns über die polnische Politik sprechen. Wenn Sie heute in die Politik eintreten würden, in welcher politischen Formation würden Sie sich am ehesten wiederfinden?

Ich bleibe den linken Konnotationen treu, aber ich sehe keine Partei, in der ich heute sein möchte. Ich bin bereit, alle Parteien zu unterstützen, die von der säkularen europäischen Mitte bis zur Linken reichen.

Und gefällt Ihnen die Linke, die sich Marta Lempart anschließt?

Ich bin kein Radikaler und war es auch nie. Das ist wahrscheinlich der Grund, warum mir die gegenwärtige Politik nicht gefällt, die sich ständig radikalisiert. Genauso wenig mag ich das Paradigma der Politik des 21. Jahrhunderts, das darin besteht, nach dem zu suchen, was uns trennt, anstatt nach dem, was uns verbindet. Unter meiner Präsidentschaft war für Vieles, was wir getan haben, eine Einigung über die Grenzen hinweg erforderlich. Heute geht es darum, aus einem Gegner einen Feind zu machen. Vor dreißig Jahren argumentierten die politischen Strategen, dass es notwendig sei, in die Mitte zu gehen, heute sind ihre Nachfolger damit beschäftigt, nach Trennlinien zu suchen. Dies ist heute überall der Ansatz. Darum ging es beim Brexit, bei Trump oder bei dem, was in Frankreich mit Le Pen passiert. Wir sind zum Ausgangspunkt zurückgekehrt.

Was heißt das, wir sind zum Ausgangspunkt zurückgekehrt?

Ich betrachte es so, als ginge es zurück bis zum Beginn der Zivilisation. Einst bildeten Stämme Gemeinschaften, heute sind Gemeinschaften in Stämme aufgeteilt, die sich gegenseitig bekämpfen.

Es ist schwer, das als Fortschritt zu bezeichnen.

Es findet vielleicht auf einem anderen Niveau statt. Der Krieg ist ein Stammeskrieg, nur haben wir anstelle von Macheten Smartphones.

Herr Präsident, Sie sind nicht in den sozialen Medien.

So war meine Entscheidung.

Aber was hat Sie zu dieser Entscheidung gebracht?

Ich habe kein Bedürfnis von Exhibitionismus: weder persönlich noch politisch.

Sie berauben sich selbst der Möglichkeit, sich schnell zu Wort zu melden, wenn etwas passiert. Ehemalige Politiker melden sich gerne zu jedem Thema zu Wort und kleiden sich im Gewand der Weisen.

Wenn sich jemand zu jedem Thema äußert, ist er nicht mehr weise. Ich schätze die Menschen mehr, die sich seltener zu Wort melden, aber ihre Aussagen sind tiefgründig, als diejenigen, die sich aus einem Impuls heraus äußern müssen. Wenn wir Politik auf Tweets und Gegen-Tweets reduzieren, ist dies das Ende der Politik

Das ist bereits so.

Es ist ein bisschen so, und das muss aufhören. Ich hoffe, dass vernünftige Menschen erkennen, dass dies ein Weg ins Nirgendwo ist. In der Politik geht es nicht nur um Emotionen, sondern auch um Analyse, Reflexion und verschiedene Methoden des Handelns. Die Politik hat ihre diskrete Seite verloren, mit der früher viele Konflikte vermieden wurden. Es geht um bestimmte Gespräche, über die man nicht sprechen sollte, oder darum, sich gegenseitig zu überzeugen. Wie kann man einen Kompromiss aufbauen, wenn die Teilnehmer eines Streits alles in Echtzeit auf Twitter berichten? So enden die Verhandlungsmöglichkeiten.

Könnte Trumps Niederlage eine Trendwende in diesen Fragen einläuten?

Ich bezweifle das. Wir dürfen die Fakten nicht übersehen. Trump hat 75 Millionen Stimmen erhalten. Bidens Sieg mag das Tempo des populistischen und nationalistischen Aufmarsches verringern, aber er beseitigt die Probleme nicht. Der Ausgang des Spiels ist nicht entschieden.

Wer kann der PiS heute die Macht entreißen?

Eher Ereignisse als die Opposition.

Aber wer kann daraus Nutzen ziehen?

Manchmal ist es so, dass die Ereignisse das für die Politiker tun. Eines dieser Ereignisse wird die Bewertung sein, wie die Regierung mit Covid umgeht. Dies wird ein Problem für alle Regierungen der Welt sein. Mit Ausnahme vielleicht von Neuseeland, Singapur oder Israel wird der Eindruck entstehen, dass die Machthabenden nicht damit zurechtkommen. Uns erwartet noch eine wirtschaftliche Rezession, und in Polen schwelen noch Weltanschauungsfragen und Frauenproteste über uns.

Und welcher Retter kommt auf einem Schimmel? Borys Budka, Szymon Hołownia oder vielleicht Adrian Zandberg?

Das größte Interesse der öffentlichen Meinung weckt heute Rafał Trzaskowski, der bei den Präsidentschaftswahlen ein außerordentliches Ergebnis erzielte, denn er bekam fast 10 Millionen Stimmen. Wenn jemand für jemanden gestimmt hat, bleibt ein Faden der Sympathie.

Denken Sie, dass Rafał Trzaskowski ein guter Hausherr von Warschau ist?

Ja. Ich weiß, was die Probleme von Großstädten sind, und ich muss zugeben, dass Warschau ein ziemlich schöner Ort zum Leben ist. Trzaskowskis Problem ist ein anderes: Es ist einfach schwer, in der gesamtpolnischen Politik aktiv zu sein, während man Oberbürgermeister einer großen Stadt ist.

Und Szymon Hołownia?

Interessantes Experiment. Man kann sehen, dass er Hoffnung auf sich vereint. Da er von außerhalb der Politik ist, muss er diese Hoffnung nicht bestätigen. Vor allen Oppositionsführern liegt eine dreijährige Probezeit, in der etwas Glaubwürdiges und Interessantes erarbeitet werden kann.

Wenn die Linke heute zum Beispiel über die Probleme von nicht-binären Menschen spricht, denkt man: „Die Zeit ist endlich reif ...“ oder dass es unmöglich ist, damit Wahlen zu gewinnen?

Das ist ein Thema, das in der Linken in ganz Europa präsent ist, und es sollte diskutiert werden. Allerdings wäre es ziemlich gefährlich, wenn die Linke nur mit einem Thema in Verbindung gebracht würde. Dass sie für Offenheit und Toleranz ist, ist schön und gut, aber das kann nicht die einzige Botschaft sein.

Kommen wir zurück auf den Boden der Tatsachen: Haben Sie überprüft, wann Sie mit einer Impfung rechnen können?

Ich habe mich bei meinem Stadtteil-Ärztehaus angemeldet.

Aber reden wir jetzt über die Schweiz oder Wilanów?

Über Wilanów. Bis jetzt gibt es keine Informationen. Gelegentlich wird gefragt, ob ich mich vor der Kamera impfen lassen würde. Ich halte mich bedeckt, und niemand ist bisher in dieser Sache auf mich zugekommen. Ich warte ab.

Leszek Miller muss schon nicht mehr abwarten. Was halten Sie davon?

Von Anfang an waren die Regeln nicht klar. Ab und zu hören wir, dass einige Impfstoffe nicht aufgebraucht wurden. Mit diesem System ist etwas nicht in Ordnung. Das Impfen außerhalb der Warteschlange weckt eine gewisse Abneigung, denn diese Menschen haben sich da hineinschmuggeln lassen. Dies ist jedoch weniger wichtig als die Tatsache, dass an einem Ort 80 Impfstoffe weggeworfen wurden, weil jemand sie nicht von der Rezeption abgeholt hat.

Die Fälle von Krystyna Janda und Leszek Miller erregten großes Aufsehen.

Irgendwo gab es eine Unachtsamkeit. Sie haben vergessen, in was für einem Land wir leben. Es gibt eine Debatte darüber, ob man sich überhaupt impfen lassen soll, aber wenn jemand außer der Reihe geimpft wird, gibt es einen riesigen Aufschrei.

Denken Sie manchmal darüber nach, zu früh Präsident geworden zu sein?

Hierauf gibt es keine gute Antwort. Politik ist eine Begegnung von drei Dingen: Person, Ort und Zeit. Ja, es ist passiert. Wie Sie sehen können, gibt es kein Rezept dafür, wie alt ein Präsident sein sollte. Ich war 41 und Joe Biden ist 78. Ich hatte zehn tolle Jahre und habe viel erreicht. Ich bin froh, dass die Menschen auf diese Zeit mit Sympathie blicken. Wir waren in der Lage, große Dinge zu tun, weil Polen eine Verfassung hat, in der NATO und in der Europäischen Union ist. Wenn ich später Präsident geworden wäre, hätte ich nicht diese Möglichkeiten gehabt, diese Dinge zu tun.

Nur sind Sie zu jung, um in den Ruhestand zu gehen. Was machen Sie tagsüber? Stehen Sie morgens auf und lesen die Bücher, die hinter Ihnen stehen?

Ich sitze im Internet und schaue mir die Medien an, meistens ausländische. Ich bekomme viele Einladungen und Möglichkeiten für Begegnungen.

Ich möchte nicht diese rituellen Fragen über die Abhängigkeit von der Politik stellen ...

Ich war nie so süchtig, wie einige Leute, die Sie kennen und deren Namen Sie leicht nennen können.

Eine Menge Namen.

Es gibt Menschen, die müssen ihr ganzes Leben lang in der Politik sein. Bei mir gibt es keinen solchen Grad der Abhängigkeit. Es ist nicht so, dass ich die Welt außerhalb der Politik nicht sehen und ohne Politik nicht leben kann. Ich bin allein gut klargekommen. Ich war fast fünf Jahre lang an der Georgetown University. Ich würde mein Leben nicht gegen ein anderes tauschen wollen.

Ist es möglich, nicht süchtig nach Macht zu sein?

Die schlimmsten sind diejenigen, die süchtig werden. Wie bei allem.

Die meisten werden süchtig.

Sie irren sich. Zum Glück nicht die Mehrheit. Außerdem ist die Sucht oft schwach und wird von den Wählern geheilt. Es gibt ein großes Problem mit diesen Süchtigen, denn es führt zu karikierten Situationen, wenn Menschen mit beträchtlichen Verdiensten sich in Randprojekten wiederfinden.

Wie schafft man es, nicht süchtig nach Politik zu werden?

Man muss auch ein anderes Leben haben.

Sie müssen eine Menge davon gehabt haben. Kürzlich habe ich entdeckt, dass Sie der Mitbegründer der legendären Computerzeitschrift „Bajtek“ sind.

„Bajtek“ ist entstanden, als ich Chef von „Sztandar Młodych“ war. Wir führten junge Menschen in die Welt der Computer und neuen Technologien ein, deren Zugang damals ein Problem war. Noch heute treffe ich Informatiker, die mir erzählen, dass ihre erste Erfahrung mit Computern „Bajtek“ war. Bis heute treibe ich auch leidenschaftlich gerne Sport und habe eine ganz normale Familie, mit der ich meine Zeit gut verbringe. Politiker, die keine Familie haben oder die ihr Familienleben zerstören, werden noch süchtiger nach Politik.

Sind Sie mit Ihrer Frau in der Schweiz?

Wir sind zusammen und warten auf die Impfung. Wir halten uns gesund und sind wohllauf.

Zsfg.: AV

<https://tygodnik.polsatnews.pl/news/2021-01-16/aleksander-kwasniewski-nie-podoba-mi-sie-wspolczesna-polityka/>



- SIE HABEN EIN ÜBERRASCHEND
KLEINES GEHIRN. DARF ICH SIE FRAGEN,
WELCHE POLITISCHE OPTION
SIE VERTREten?

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Die Machthaber wählten einen eigenen Bürgerbeauftragten



Quelle: oko.press

Der PiS-Kandidat für den Bürgerbeauftragten gab seine Stimme für sich selbst und bedankte sich schließlich bei Kaczyński.

Der Sejm stimmte zum dritten Mal über den Bürgerbeauftragten ab. Wahrscheinlich nicht zum letzten Mal, denn Wawrzyk wird mit ziemlicher Sicherheit vom Senat verworfen.

„Ich wünsche mir, dass ein so starker Wind vom Heiligen Kreuz weht, dass er zu Veränderungen im Amt des Bürgerbeauftragten führen wird“, sagte Krzysztof Lipiec, Abgeordneter der PiS, am Donnerstag, dem 21. Januar, und empfahl Piotr Wawrzyk als Bürgerbeauftragten. Die PiS schlug für das Verfassungsamt des Bürgerbeauftragten den stellvertretenden Außenminister und Abgeordneten aus Woiwodschaft Heiligkreuz vor. Dort befindet sich das Kloster des Heiligen Kreuzes.

Laut parlamentarischer Arithmetik (PiS hat ein paar Stimmen mehr) hat Wawrzyk die Abstimmung gewonnen. Fast alle Mitglieder des herrschenden Lagers waren dafür (233), einschließlich er selber. Der Kandidat kam nicht auf die Idee, dass er bei der Abstimmung über seine eigene Person sich enthalten könnte. Zuvor lehnte der Sejm zwei weitere Kandidaten ab, Robert Gwiazdowski (für ihn 38, gegen 383 Stimmen) und Zuzanna Rudzińska-Bluszcz (für sie 204, gegen 247 Stimmen). Die Letztere wurde von den Bürgerorganisationen und von der PO und Linken unterstützt.

„Er versteht das Amt des Menschenrechtsverteidigers als einen Dienst, den er im Geiste des Verständnisses, des Kompromisses und der Solidarität durch Dialog umsetzen will“, so wurde Wawrzyk von der Abgeordneten der PiS Joanna Borowiak gelobt. PiS versuchte, Wawrzyk als moderat und sachlich darzustellen. Während der Anhörung im parlamentarischen Ausschuss versprach der Kandidat, sich mit Themen zu befassen, die der Opposition nah liegen - Impfförderung, Kinderpsychiatrie und sogar Frauenrechte.

Als die Abgeordneten jedoch nach Einzelheiten fragten, machte Wawrzyk Ausweichmanöver. Er beantwortete nicht einmal die Fragen zum Nationalrat der Justiz oder zu [dem verfolgten Richter] Igor

Tuleya. Er gab nur vor, die Akten dieser Angelegenheiten als für Vertragsangelegenheiten im Außenministerium zuständige Person zu kennen.

Gemäß der Verfassung wird der Bürgerbeauftragte von beiden Kammern gewählt, und der Senat wird wahrscheinlich Wawzyk verwerfen. Die PiS hat 48 Senatoren. Könnte ein PiS-Kandidat von einem der oppositionellen Senatoren unterstützt werden? Wer könnte es sein? Der konservative PSL-Senator Jan Józef Libicki sagte Rzeczpospolita, er werde gegen Wawzyk stimmen. Wahrscheinlich wird die PiS die Unterstützung der unabhängigen Senatorin Lidia Staroń suchen, die für ihre konservativen Ansichten bekannt ist. Dies ist eine sehr unsichere Stimme.

Es mag also die versehentliche Abwesenheit eines der Senatoren sein, aber in diesem Fall wird die Opposition wahrscheinlich eine 100-prozentige Wahlbeteiligung sicherstellen. Die Amtszeit von Dr. hab. Adam Bodnar endete am 9. September, und seitdem konnte das Parlament seinen Nachfolger nicht wählen.

Das Verhalten der PSL am Donnerstag war überraschend. Zunächst stimmte die Fraktion für Robert Gwiazdowski, den die PSL zusammen mit der rechtsradikalen Konföderation vorschlug. Anschließend unterstützte die PSL Zuzanna Rudzińska-Bluszcz. „Wenn unser Kandidat nicht durchkommt, unterstützen wir eine andere oppositionelle Kandidatur“, schrieb Piotr Zgorzelski von PSL auf Twitter. Zuvor hatte PSL argumentiert, es habe eine Idee, wie die Blockade um den Bürgerbeauftragten überwunden werden könne. Es gab Berichte, dass die PSL mit der PIS über einen gemeinsamen Kandidaten verhandeln würden.

Letztendlich überzeugten sie weder PiS noch den Rest der Opposition. Und zum dritten Mal unterstützten sie Rudzińska-Bluszcz.

„Sie haben den Beauftragten für Kinder gewählt. Erinnern Sie sich, wen Sie gewählt haben?“, fragte die PiS der PO-Abgeordnete Robert Kropiwnicki. „Sie haben auch den Bürgerbeauftragten für kleine und mittlere Unternehmen ausgewählt. Wo ist seine Stimme heute, wenn diese Unternehmen scheitern?“

Schließlich schlug er vor: „Wir müssen eine Vereinbarung zwischen dem Sejm und dem Senat schließen. Diese Frage wird zum vierten und fünften Mal wiederkommen, wenn wir uns nicht an den Tisch setzen.“ Während dieser sechs Monate sprachen PiS-Politiker selten über die Kandidatur von Zuzanna Rudzińska-Bluszcz. Sie sagten nicht, warum sie sie nicht unterstützen. Bisher war es schwierig, die Gründe für die Ablehnung in den Reden der Kandidatin zu finden. Sie traf außerdem inoffiziell mehrere Politiker von der PiS und den Berichten zufolge hinterließ sie einen guten Eindruck, zu ihrem Erstaunen.

„Was Frau Zuzanna Rudzińska-Bluszcz betrifft, ist der Vorhang gefallen, sie hat de facto eine politische Erklärung abgegeben, welche Rechte sie verteidigen wird“, sagte Marek Ast, Vorsitzender des Justiz- und Menschenrechtsausschusses, am Donnerstag vom Parlamentspodest. „In einer Zeit, in der Millionen Polen Angst um ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Arbeit haben, sagte sie, dass die Proteste, die Streiks von Frauen und die Verletzungen von LGBT-Rechten die wichtigsten Herausforderungen für den Sprecher seien.“

Das ist offenkundige Unwahrheit.

Rudzińska-Bluszcz arrangierte ihre Rede als Kalender der Verstöße gegen die Bürgerrechte. Sie führte die Erzählung auf drei Spuren: 1. Wahl des Bürgerbeauftragten, 2. Herausforderungen im Zusammenhang mit der Pandemie, 3. Verletzung der verfassungsrechtlichen Garantien.

Sie sagte unter anderem: „Untersuchungen haben auch gezeigt, dass der monatelange Fernunterricht das Problem der Ungleichheit in der Bildung verschärft hat. Der September war auch der Monat der Angst der Lehrer um ihre Gesundheit. Eine Angst, die bis heute anhält, wenn die Lehrer ohne Impfung zur Schule zurückkehren sollten.“

„Warteschlangen von Krankenwagen vor Notaufnahmen, abgesagte Chemotherapie-Behandlungen, keine Beatmungsgeräte in Krankenhäusern in kleineren Städten. Einsamkeit kranker Menschen und Angst in den Familien“.

Die Tatsache, dass Piotr Wawzyk besondere Ansichten über die Notwendigkeit hat, das rechtmäßige Demonstrationsrecht zu verteidigen, wird durch sein Lob für die Rede des Vorsitzenden der Regierungspartei [Kaczyński] belegt, der die Menschen angreift, die ihren Widerstand demonstrieren und

das brutale Verhalten der Polizei lobt. Dies ist ein starker Kontrast zu dem Verhalten des derzeitigen Bürgerbeauftragten und seines Amtes.

„Eine sehr gute, inhaltliche und spezifische Rede des Vorsitzenden J. Kaczyński“, schrieb der PiS-Kandidat für den Bürgerbeauftragten am 9. Dezember 2020. Was ist das für eine Rede? Zu dieser Zeit führte der Sejm eine Debatte über das Misstrauensvotum gegen Kaczyński. Die Bürgerkoalition und die Linke wollten den stellvertretenden Ministerpräsidenten entlassen, weil er „die Sicherheit der polnischen Frauen und Polen rapide verschlechtert“. Es ging vor allem um die Ereignisse vom 18. November, als Polizeikräfte aus dem ganzen Land, insgesamt 3,7 Tausend, nach Warschau gebracht wurden.

Kaczyński sagte damals unter anderem: „Es stellte sich heraus, dass es völlig illegale Demonstrationen waren, die für Menschen äußerst negativ sind und unter Artikel 165 Absatz 3 fallen, den Sie so sehr fürchten. Ich sage Euch, dass alles in Ordnung war.“

Zsfg.: MB

<https://oko.press/wladza-wybiera-sobie-rzecznika-praw-wladzy-dzien-swistaka-w-sejmie/>

Staatsanwälte werden wegen Kritik am [Justizminister und Generalstaatsanwalt] Ziobro zur Strafe mehrere hundert Kilometer von zu Hause weg abgeordnet



Quelle: oko.press

Nicht weniger als sieben unabhängige Staatsanwälte, hauptsächlich von der Vereinigung *Lex Super Omnia*, wurden gerade beauftragt, in anderen Staatsanwaltschaften zu arbeiten, oft mehrere hundert Kilometer von zu Hause weg entfernt, im Karpatenvorland, Pommern und Ermland. Dies ist ein Schlag gegen *Lex Super Omnia* und eine Strafe wegen der Kritik an der Staatsanwaltschaft von Ziobro.

Wie von OKO.press festgestellt, erhielten am Montag, dem 18. Januar 2021, sechs Staatsanwälte, Mitglieder der *Lex Super Omnia*, den Beschluss, sechs Monate lang in Rahmen einer Abordnung in anderen Strafverfolgungsbehörden zu arbeiten.

Gleichzeitig wurden einige von ihnen herabgestuft, weil sie auf der untersten Ebene der Staatsanwaltschaft arbeiten sollen, d. h. in Bezirksstaatsanwaltschaften.

Nach unseren Informationen wurden die Entscheidungen über die Abordnungen vom Nationalen Staatsanwalt Bogdan Święczkowski selbst unterzeichnet, einem vertrauten des Generalstaatsanwalts Zbigniew Ziobro.

Diese Beschlüsse wurden am 15. Januar getroffen. Die Staatsanwälte wurden am Montag über die Arbeit im Rahmen der Abordnungen informiert und sollen in zwei Tagen mit der Arbeit in anderen Einheiten anfangen.

„Seit Herbst 2020 gibt es Gerüchte, dass es ein Verfahren gegen *Lex Super Omnia* geben wird. Ich weiß nicht, ob es nur zu diesen sechs Abordnungen kommen wird oder ob es mehr geben wird, die in Stufen aufgeteilt sind“, sagte zu OKO.press eine Person, die die Hintergründe der Staatsanwaltschaft kennt, und fügte hinzu: „Die Leute vom Vorstand des *Lex Super Omnia* und die in den Medien tätigen Leute, die die Staatsanwälte Ziobro und Święczkowski und ihre Anhänger kritisieren, sind hauptsächlich betroffen. Die Abordnungen sollen eine abschreckende Wirkung haben und andere von den Ansichten abhalten, die denen der derzeitigen Strafverfolgungsbehörde widersprechen.“

Liste der strafrechtlich delegierten Staatsanwälte

Strafabordnungen für sechs Monate an andere Einheiten der Staatsanwaltschaft, die am Montag, dem 18. Januar 2021, bekamen [5 Staatsanwälte].

[...]

Rache an dem rebellischen Mariusz Krasoń

Mariusz Krasoń von der Regionalstaatsanwaltschaft in Krakau ist die sechste Person, die jetzt abgeordnet wird. Er ist der Einzige, der nicht weit von zu Hause entfernt sein wird, weil „nur“ in der Staatsanwaltschaft des Bezirks Krakau-Podgórze. Krasoń ist im Vorstand von *Lex Super Omnia*.

Dies ist seine dritte Strafabordnung. Seine Erste bekam er im Jahr 2019 nach Breslau. Es war eine Strafe für die Annahme einer Resolution, die Ziobros Staatsanwaltschaft kritisierte. Es war die erste derartige Resolution in Polen. Dafür wurde er drangsaliert. Er wurde für sechs Monate nach Breslau geschickt (obwohl er sich um seine alten Eltern kümmert) und herabgestuft zur Arbeit in der Bezirksstaatsanwaltschaft. Nach seiner Rückkehr aus Breslau wurde er für die nächsten sechs Monate in die Bezirksstaatsanwaltschaft in Krakau versetzt. Dann kehrte er für sechs Monate in die Staatsanwaltschaft zurück und wurde nun wieder abgeordnet.

Krasoń wird immer noch drangsaliert, weil er den Mut hat, seinen Arbeitgeber wegen einer Abordnung nach Breslau zu verklagen. Die Staatsanwaltschaft ignorierte die Entscheidung des Gerichts. Sie hörte aber damit nicht auf. Sie leitete eine Untersuchung der von den Krakauer Gerichten im Fall von Krasoń erlassenen günstigen Entscheidungen ein. Bis zu 13 Krakauer Richter wurden zur Anhörung eingeladen, was eine beispiellose Situation ist. Richter werden sogar strafrechtlich bedroht. Mariusz Krasoń ist derzeit einer der am stärksten wegen seiner Unabhängigkeit verfolgten Staatsanwälte in Polen.

Laut OKO.press wurde nun ein weiterer siebter unabhängiger Staatsanwalt auf eine Delegation geschickt. Es geht um den Militärstaatsanwalt Artur Matkowski von der Bezirksstaatsanwaltschaft Posen-Grunwald. Er wurde zur Arbeit in ein Gebiet in Rzeszów geschickt, mehr als 500 Kilometer von zu Hause entfernt. Matkowski verklagte die Staatsanwaltschaft auf Vergütung.

Abordnung als Mittel der Unterdrückung

Abordnungen in andere Einheiten der Staatsanwaltschaft sollten dazu beitragen, die Besetzung von Einheiten mit zu wenigen Ermittlern zu verstärken. Sie werden jedoch in der Staatsanwaltschaft von Ziobro instrumentell eingesetzt. Für die Rebellischen ist es eine Bestrafung und eine gleichzeitige Herabstufung. Mittlerweile sind bis zu vier Staatsanwälte aus Warschau in die Provinz abgeordnet, obwohl hier die meisten Fälle zu behandeln sind. Die Abordnungen in die Staatsanwaltschaft von Ziobro sind ebenfalls Belohnungen für die Vertrauenswürdige. Als Belohnung werden sie an die Nationale Staatsanwaltschaft abgeordnet, was sich in höheren Löhnen niederschlägt.

Im Jahr 2019 war die Gemeinschaft der Staatsanwälte schockiert über den Fall der Abordnungen von Mariusz Krasoń und von Dariusz Wituszko, den IPN-Staatsanwalt aus Stettin, der zum Straf-Exil in das ferne Rzeszów verurteilt wurde.

Wituszko starb auf einer Geschäftsreise (über 800 Kilometer von zu Hause entfernt). Das hat die Gemeinschaft der Juristen in Polen bewegt.

Auch andere Staatsanwälte werden auf diese Weise bestraft. [...]

Zsfg.: JP

<https://oko.press/prokuraturzy-karnie-zsylani-kilkaset-kilometrow-od-domu-za-krytyke-ziobry/>

Die Staatsanwälte werden früher als die Kranken geimpft.



Quelle: polityczek.pl

Nach der Verordnung des Ministerrates gehören zu der ersten Gruppe unter anderem Staatsanwälte. Diese Entscheidung löste im Internet eine Welle der Empörung aus. Die Regierenden geben jedoch nicht nach und verteidigen es.

„Die Absicht ist, dass Personen, die für die gesamten Funktionsprozesse des Staates und verschiedene Prozesse im Zusammenhang mit der Impfung von entscheidender Bedeutung sind, d. h. Vertreter uniformierter Dienste, zur ersten Gruppe gehören“, sagte Michał Dworczyk vom Büro des Premierministers auf TVN24.

Der Fall wurde auch vom stellvertretenden Justizminister Michał Wójcik angesprochen, der erklärte, dass ... Staatsanwälte an der „ersten Front“ des Kampfes gegen die Epidemie stehen. „Ich würde daraus keinen Skandal oder eine Sensation machen“, fügte Wójcik bei Radio Zet hinzu.

Den Publizisten gefällt die Entscheidung, die Staatsanwälte in der 1. Gruppe zu impfen, nicht.

„Staatsanwälte früher als chronisch Kranke geimpft - und es gibt nicht einmal 1/100 der Aufregung, die es gab, als die Künstler geimpft wurden. Clever diese Regierung. Wenn Sie jeden Tag etwas grob Unverschämtes tun, ist es schwer, Schritt zu halten. Sie haben uns zur Erschöpfung gebracht, sehr clever“, kritisiert die Regierenden der Journalist Janusz Schwerterner.

Auch Andrzej Gajcy, der in seiner Kritik an der Regierung normalerweise vorsichtig ist, äußerte sich kritisch zu der Regelung: „Die Staatsanwälte, das Finanzamt, die Antikorruptionsbehörde usw. sollen den Impfstoff vor den chronisch Kranken erhalten. Es passt einfach nicht in den Kopf!“

Anm. d. Ü. Laut einigen neuesten Berichten wurde diese Entscheidung zurückgenommen.

Zsfg.: JP

<http://polityczek.pl/uncategorised/14588-prokuratorzy-beda-szczepieni-przed-chorymi-gajcy-to-sie-nie-miesci-w-glowie>

Die Begründung des Urteils des Verfassungsgerichts über die Abtreibung ist fast fertig



Quelle: rp.pl

Alles deutet darauf hin, dass die Bearbeitung der Begründung zum umstrittenen Urteil des Verfassungsgerichts vom 22. Oktober 2020 näher rückt.

Die Vorbereitung der Begründung durch das Verfassungsgericht und die anschließende Veröffentlichung des umstrittenen Urteils des Verfassungsgerichts vom 22. Oktober 2020 zur Abtreibung ist eine Angelegenheit, die, wie wir erfahren, in naher Zukunft gelöst werden soll. Die Arbeiten an der Begründung dauern an und sollen abgeschlossen werden. Danach sollte das Urteil veröffentlicht werden.

Aber die Sache ist sehr kompliziert. Nach unseren Gesprächen gibt es in PiS zwei Meinungen. In einer Gruppe gibt es Politiker, die argumentieren, dass das Urteil jetzt schnell veröffentlicht werden muss. „Ich weiß, dass die Veröffentlichung im Januar stattfinden soll“, erzählt einer von ihnen der *Rzeczpospolita*. „Aufgrund der Pandemie gibt es immer noch eine Quarantäne, dazu ist es noch kalt und es wird keinen besseren Moment geben“, argumentiert er.

Es gibt aber auch viele Politiker, die erklären, dass die Veröffentlichung ausgesetzt werden sollte, bis die derzeitige Phase der Coronavirus-Pandemie abläuft und das Impfprogramm der Regierung weit fortgeschritten ist. „Dies ist das Schlimmste, was bei einer Pandemie passieren kann. Es wird eine Wiederholung der sozialen Spannungen und eine Protestwelle erwartet. Aus pandemischen Gründen sollte das Urteil veröffentlicht werden, wenn die normale Politik beginnt“, sagt unser Gesprächspartner von der PiS-Fraktion, der Angst vor den pandemischen Folgen der neuen Protestwelle hat.

Einige der PiS-Politiker hoffen, dass das Verfassungsgericht mit seiner Begründung das Urteil so mildern wird, dass es klar wird, dass es sich nicht um die sogenannte letale Missbildung des Fötus handelt. Und der Gesetzentwurf des Präsidenten, der Zweifel klarstellen sollte, hat nicht einmal die Unterstützung der gesamten PiS-Fraktion und ist für die Opposition inakzeptabel. „Es gibt nur einen Weg, die Bestimmungen in der Begründung durchzugehen“, sagt einer unserer Gesprächspartner. Die Linke hat auch ihr Projekt

eingereicht. Es entkriminalisiert das Abtreibungsverfahren. Die Hilfe eines Arztes, die Hilfe einer Mutter für ein minderjähriges Mädchen, die eine Abtreibungspille für sie besorgt, weil sie vergewaltigt wurde, die Hilfe eines Partners, der einer Frau hilft, einen Ort zu finden, an dem sie eine Schwangerschaft mit einem tödlichen Defekt abbricht. Das alles sollte nicht bestraft werden.

Die endgültige Entscheidung wurde von der PiS-Führung noch nicht getroffen, aber Beamte verschiedener Ministerien arbeiten an neuen Ideen, um einen „freundlichen Boden“ für die Veröffentlichung vorzubereiten. Nach den Erfahrungen aus dem letzten Jahr bereitet PiS einen politischen und substanzien Sozialplan vor. Laut unserem regierungsnahen Gesprächspartner gehören dazu Vorschriften im Zusammenhang mit der Verlängerung des Programms „Für das Leben“, das 2016 als Reaktion auf die Forderungen radikaler Abtreibungsgegner eingerichtet wurde. Das Programm soll nun unter anderem durch die Regelung zur Unterstützung von Menschen - Kindern und Erwachsenen - mit Behinderungen als Argument für die These herangezogen werden, dass der Staat bereits geborene behinderte Kinder betreut, auch solche mit letalen Missbildungen. Gemäß der Verordnung soll der Zugang zu medizinischen Geräten für die Pflege von Behinderten verbessert werden.

Oppositionspolitiker erwarteten, dass die Veröffentlichung der Begründung kurz vor Weihnachten erfolgen würde. Dies ist nicht geschehen, aber die Opposition weist auf das sogenannte Bußgeldgesetz, das den durch die Veröffentlichung verursachten Protesten ein Ende setzen würde. „Was die PiS in letzter Zeit getan hat, führt zum Konflikt“, sagt Magdalena Biejat von der Linken, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Sozialpolitik. Sie fügt hinzu, das die PiS gegenüber Argumenten taub bleibt. „Die Politiker der Regierungspartei wollen nicht über Zwischenlösungen oder über unser Rettungsgesetz sprechen, und die ergriffenen Initiativen, wie die Beseitigung der Möglichkeit, das Bußgeld nicht anzunehmen, beweisen, dass wir mit einer schnellen Veröffentlichung rechnen können“, fügt Biejat hinzu. Kurz nach dem Ausbruch sozialer Proteste kündigten Aktivistinnen eine Kampagne zum Sammeln von Unterschriften im Rahmen eines Bürgerprojekts zur Abtreibung an. Wie wir hören, ist der Start dieses Projekts „zu einem politisch günstigen Zeitpunkt“ geplant. Das Bürgerkomitee bringt die verschiedenen politischen und sozialen Milieus zusammen, die am Abtreibungskampf beteiligt sind, darunter *Frauenbürgerstreik* und die *Föderation für Frauen*.

Alles deutet darauf hin, dass der scharfe Streit um die Abtreibung sehr bald zurückkehren wird. Und dies ist auch eine Herausforderung für die Oppositionsparteien im Parlament, insbesondere für die größte von denen.

Zsfg.: MB

<https://www.rp.pl/Spor-o-aborcje/301179955-Prace-nad-uzasadnieniem-wyroku-TK-ws-aborcji-juz-na-finisz.html>

Dr. Jacek Kucharczyk: Warum hat die Kirche die Dritte Republik verraten?



Quelle: wiadomo.co

Interview mit Dr. Jacek Kucharczyk, Präsident des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten

Justyna Koć: Laut einer CBOS-Umfrage hat die PiS 35%, Hołownias Bewegung 18% und KO 14%. Laut Estymator-Umfrage für „Do Rzeczy“: Die Vereinigte Rechte 40%, KO 22% und Hołownias Polen 2050 13%. Die Umfragen wurden fast zeitgleich durchgeführt. Wie ist das möglich und wie sieht die Wahrheit aus?

Jacek Kucharczyk: Grundsätzlich sind Umfragen, insbesondere solche über die Unterstützung politischer Parteien, schwer zu vergleichen, schon allein wegen der unterschiedlichen Methoden der Fragestellung. Ich werde mich nicht damit beschäftigen, die Ergebnisse der Do-Rzeczy-Umfrage zu kommentieren, aber was CBOS betrifft, so ist es bekannt, dass ihre Umfragen die Unterstützung für die Opposition notorisch unterschätzen, insbesondere für die KO. Es ist deutlich sichtbar, wenn wir die CBOS-Umfragen vor den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vergleichen. In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen gab CBOS fast 9 Prozentpunkte zu viel für Duda und fast 8 Prozentpunkte zu wenig für Trzaskowski im Verhältnis zu den tatsächlichen Ergebnissen. In ähnlicher Weise lag CBOS in der letzten Umfrage vor den Parlamentswahlen um fast 14 Prozentpunkte falsch und überschätzte wieder einmal die Unterstützung für die PiS und unterschätzte die der KO. Das Gleiche gilt für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019.

Interessanterweise wuchs dieser kumulative Fehler der CBOS-Umfragen von Wahl zu Wahl. Natürlich lagen auch andere Meinungsforschungsinstitute falsch, aber in kleinerem Umfang. Ich glaube nicht, dass es durch politischen Druck verursacht wurde (CBOS wird aus dem Staatshaushalt finanziert und untersteht der Kanzlei des Premierministers). Es handelt sich vielmehr um die Methodik der Forschung durch direkte

Besuche der Meinungsforscher in den Wohnungen der Befragten. Dies kann dazu führen, dass einige Befragte nicht gewillt sind, den Interviewer hereinzulassen oder zuzugeben, dass sie Oppositionsparteien unterstützen. Dies führt wahrscheinlich dazu, dass die Unterstützung für die Opposition unterschätzt wird, vor allem für diejenige, die Gegenstand aggressiver Propaganda durch die von der Regierung kontrollierten Medien ist, d.h. in erster Linie die Bürgerkoalition KO.

Aus den oben genannten Gründen würde ich den Sprung von Hołownia auf den zweiten Platz der Rangliste eher vorsichtig betrachten. Er hat jetzt zweifellos seine fünf Minuten, aber wir werden sehen, ob diese gute Konjunktur von Dauer ist. Natürlich ist er ein wichtiger Akteur, aber wir sollten die Gerüchte über den Sturz der Koalition auf den dritten Platz mit Vorsicht genießen und andere Umfragen abwarten. Mir ist aber klar, dass so gute Ergebnisse wie die der jüngsten CBOS-Umfrage ihre realpolitischen Folgen haben werden, weil sie möglicherweise weitere Oppositionspolitiker ermutigen könnte, sich der Bewegung 2050 anzuschließen, weil sie als Kraft mit Zukunft wahrgenommen wird. In diesem Sinne würde ich diese Umfrage nicht unterschätzen.

Was ist passiert, dass Hołownia seine fünf Minuten hat? Das bestätigt auch das Vertrauensranking, in dem er auf dem zweiten Platz liegt und den Präsidenten Duda überholt hat.

Hołownia ist „unbefleckt“ von der politischen Praxis, zumindest in den Augen der Öffentlichkeit. Er präsentiert sich als Außenseiter, der mit Anti-Establishment-Rhetorik in die Politik geht. In ähnlicher Weise präsentierten sich Lepper, Palikot und Kukiz vor Hołownia und verkündeten die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Wandels auf der politischen Bühne. Diese Suche nach einer neuen politischen Kraft, die nicht von den Fehlern und Kompromissen ihrer Vorgänger kontaminiert ist, ist wahrscheinlich ein fester Bestandteil der polnischen Politik und spricht viele Wähler an. Der Unterstützung für Hołownias Bewegung liegt das Gefühl zugrunde, dass die Parteien an der Macht und in der Opposition sich verbraucht haben, dass die Opposition mehrere Wahlen verloren hat, dass auch das Versprechen der politischen Erneuerung seitens der Linken nicht eingetreten ist. Davon profitiert Hołownia.

An linke Regierungen erinnert man sich heute kaum noch ... Das letzte Mal war es die SLD, die 2003 die Macht abgab.

Aber viele Anhänger der Opposition erinnern sich an die Ereignisse vor der Präsidentschaftswahl, als sie die Bürgerkoalition stärker angriff als die PiS und Präsident Duda. Ich denke, dass die Linke, einschließlich der neuen - Wiosna und Razem - von einer Entmutigung der Wähler betroffen ist, die aus ihrer geringen politischen Effektivität resultiert. Sie wird durch das schlechte Ergebnis von Biedroń bei den Präsidentschaftswahlen belastet. Das ist der Grund, warum die Linke die gute Konjunktur nicht ausnutzt, vor allem nach dem Ausbruch der Proteste nach dem Verfassungsgerichts-Urteil, nach dem Anwachsen kritischen Stimmen gegenüber den Machthabern und gegenüber der Kirche, die für die Machthaber die ideologische Basis ist.

Es stellt sich heraus, dass selbst wenn die Wähler die Proteste unterstützen, sie nicht unbedingt die Linke unterstützen. Hołownia wiederum nutzt diese Proteste geschickt und schlägt ein alternatives Modell der Staat-Kirche-Beziehungen vor. Es scheint, dass er perfekt die Stimmung des Teils der Gesellschaft getroffen hat, der die Einmischung der Kirche in die Politik nicht mag, aber gleichzeitig ein wenig Angst vor dem hat, was er als linksradikalen Ansatz wahrnimmt. Er sucht nach einem neuen Ansatz und neuen Gesichtern. Interessant an dem Phänomen Hołownia ist, dass er - anders als Lepper oder Kukiz - die Politikverdrossenen nicht mit seiner Radikalität zu gewinnen versucht, sondern mit einem allgemeinen „Wir haben uns alle lieb“, einem Versprechen, Wasser mit Feuer zu verbinden, einer gewissen Symmetrie. Hołownia greift die KO an, genau wie es zuvor die Linke getan hat, der es mehr um den zweiten Platz in der Rangliste ging als um den Wahlerfolg der Opposition. Jetzt macht Hołownia das Gleiche.

Besteht die Gefahr, dass sich die Bürgerplattform PO aufspaltet? Es gibt Stimmen aus der Mitte der Partei, die sagen, sie sei zu weit nach links gerückt und müsse fest in der konservativen Mitte verankert werden. Wie beurteilen Sie dies?

Ideelle Debatten sind in jeder Partei und in jeder politischen Formation immer notwendig, aber meiner Meinung nach ist das Problem der KO, dass einige ihrer Politiker nicht sehen, dass sich die Zeiten geändert haben und die Bedeutung dessen, was in der PO als konservativer Anker bezeichnet wurde, sich

sehr verändert hat. Der Begriff „Abtreibungskompromiss“ ist völlig diskreditiert, jetzt bedeutet er, die Augen vor der Realität zu verschließen, vor allem nach dem Urteil des Przyłębska-Tribunals, oder generell nicht entschieden auf die reaktionäre Revolution zu reagieren, die die PiS mit großer Unterstützung und sogar unter Druck der Kirchenhierarchie einleitet. Ein solcher Ansatz kann als „den Kopf in den Sand stecken“ empfunden werden. Die Tatsache, dass einige PO-Politiker der Meinung sind, die Partei stehe der ideologischen Offensive von Kirche und PiS zu kritisch gegenüber, schreckt viele Menschen ab, die nach einer klaren Alternative zur jetzigen Regierung suchen.

Sind Tausende Protestierende, die trotz der Pandemie auf die Straße gehen, nicht ein Signal dafür, dass das, was als links gilt, inzwischen Mainstream ist?

Die Linke hat kein Monopol auf Kritik an der Kirche und der aktuellen Allianz der Hierarchie mit der autoritären Macht der PiS. Laut dem letzten CBOS-Bericht wird die Tätigkeit der Kirche von der großen Mehrheit der Anhänger sowohl der Linken als auch der KO sowie der Bewegung Polen 2050 kritisch und von fast 9 von 10 Anhängern der Vereinigten Rechten positiv bewertet. Diese Kluft zwischen der Opposition und der Regierung ist größer als die Unterschiede zwischen den Wählern der verschiedenen Oppositionsformationen.

Der allgemeine Trend ist, dass die Kirche das öffentliche Vertrauen verliert, vor allem bei jungen Menschen. Wir beobachten dies schon seit mehreren Jahren. Junge Menschen sind weniger religiös als der Rest der Gesellschaft und auch ihr Verhalten hängt damit zusammen: die Abnahme der Zahl der kirchlichen Trauungen, der Besuch von Messen oder das Nichtschicken der Kinder zum Religionsunterricht. Diese gesellschaftlichen Trends sind bereits vorhanden, weshalb es mir schwerfällt zu glauben, dass wir, wenn die PiS die Macht verliert, zu dem staatlich-kirchlichen Modell zurückkehren, das vor 2015 existierte und der Kirche eine privilegierte gesellschaftspolitische Stellung garantierte. Diejenigen Politiker der Bürgerplattform, die vorschlagen, dass es ausreicht, zu den nach 1989 verabschiedeten Gesetzen zurückzukehren, die die Abtreibung, die Religion in den Schulen, die Finanzierung des Klerus und die Rückgabe des Kirchenvermögens betreffen, gehen über die gesellschaftliche Stimmung hinweg und entmutigen ihre potenziellen Wähler.

Die Anhänger der Opposition erwarten, dass es nach dem Machtwechsel nicht nur eine Abrechnung mit der PiS geben wird, sondern auch eine generelle Reflexion darüber, warum die Kirche die Dritte Republik verraten und autoritäre Positionen eingenommen hat und welche Konsequenzen sollen sich daraus für diese Institution ergeben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Bischöfe nach dem Sturz der PiS einer neuen Regierung an den Hals werfen werden, weil es für die Mehrheit der Wähler der Opposition schwierig wäre, dies zu akzeptieren. Die Idylle der frühen 1990er Jahre wird nicht wiederkommen.

Zsfg.: AV

<https://wiadomo.co/dr-jacek-kucharczyk-dlaczego-kosciol-zdradzil-iii-rp/>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: natemat.pl

„Jarosław Kaczyński gab heute vor dem Altar zu, dass das Böse unser Heimatland und unsere Nation angreift. Ich stimme seiner Diagnose hundertprozentig zu.“

Donald Tusk kommentierte mit diesen Worten den politischen Auftritt von Jarosław Kaczyński während der Messe zum 8. Todestag der Mutter von Kaczyński. Die Messe wurde im Staatsfernsehen übertragen.

Donald Tusk - Parteivorsitzender der Europäischen Volkspartei

Quelle: <https://twitter.com/donaldtusk/status/1350519090100772864?s=20>

MEDIENSPiegel – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

fr.de

Das Feindbild Merkel

<https://www.fr.de/politik/das-feindbild-merkel-90175190.html>

sueddeutsche.de

Wenig Skrupel und ein voller Giftschrank

<https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-wenig-skrupel-und-ein-voller-giftschrank-1.5180823>

zdf.de

Polen und der Lockdown

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-in-europa/polen-lockdown-100.html>

gay.ch

POLEN: Neues Social Media-Gesetz soll Zensur unterbinden

<https://gay.ch/news/polen-neues-social-media-gesetz-soll-zensur-unterbinden>

mdr.de

Mega-Hafen Swinemünde: Nun droht Stress zwischen Deutschen und Polen

<https://www.mdr.de/nachrichten/osteuropa/politik/polen-corona-aufstand-gegen-lockdown-100.html>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Małgorzata Burek | Jerzy Paetzold

Christel Storch-Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus